

Vor genau vier Jahrzehnten, Ende Februar 1986, stürzte mit Ferdinand Edralin Marcos einer der am längsten amtierenden Staatschefs (1965-86) in Südostasien. In den beiden Dekaden seiner Herrschaft verfolgte das Regime in Manila einen politischen und wirtschaftlichen Kurs, der den Archipel - vergleichbar seinen Anrainern Singapur, Hongkong, Taiwan und Südkorea - aus Unterentwicklung und Rückständigkeit herausführen sollte. Interne Machtverhältnisse und gezielte Interventionen der vormaligen Kolonialmacht USA waren verantwortlich dafür, dass die Marcos-Familie samt engster Vertrauter am 25. Februar 1986 von der US-Luftwaffe ins Exil auf Hawaii ausgeflogen wurde. Doch seit Sommer 2022 amtiert mit Ferdinand Marcos Junior - kurz „Bongbong“ oder „BBM“ genannt - der älteste Sohn des Diktators als Präsident im Malacañang-Palast zu Manila. Eine historische Rückschau unseres Südostasienexperten **Rainer Werning**. Der [abschließende zweite Teil](#) inklusive Literaturhinweise erscheint morgen.

## **Vielverheißender Beginn**

Seit der Unabhängigkeit der Philippinen am 4. Juli 1946 bildeten die Liberal Party und die Nacionalista Party die Hauptkräfte im politischen Spektrum des Landes, deren Spitzenkandidaten alternierend die Staatschefs stellten. Ferdinand E. Marcos, von Haus aus Jurist, war langjähriges Mitglied der Liberalen, bis er, für damalige Verhältnisse wenig aufsehenerregend, ins Lager der oppositionellen Nationalisten überwechselte und als deren Präsidentschaftskandidat 1965 gegen seinen Widersacher Diosdado Macapagal das Rennen machte.

Seine Antrittsrede Ende Dezember 1965 war von einer euphorischen Aufbruchsstimmung geprägt. Die Inseln, so Marcos, schickten sich nunmehr an, „eine große Nation“ zu werden. Die präsidentialen Zielsetzungen folgten einem dem Zeitgeist entsprechenden Entwicklungsmodell: Zwecks Eingliederung des Landes in den Weltmarkt wurde dezidiert auf die Strategie der Exportorientierung gesetzt. Auf diese Weise vermöchte sich ein rückständiges Land wie die Philippinen der zum Anschluss an das internationale Entwicklungsniveau benötigten Technologien zu bemächtigen und quasi in Manier eines Zeiträffers jene Entwicklung nachzuholen, der die westlichen Industrienationen ihren Fortschritt verdankten. Die Vorteile dieser Strategie würden sich, so der Tenor der neuen Regierung in Manila, in einer Verbesserung der allgemeinen Lebensbedingungen sowie in einem für alle durchsickernden Einkommenswachstum kristallisieren.

So plausibel die Begründung eines solchen Modells klang, so notwendig war es, den ökonomischen Richtlinien ein politisches Fundament zu verschaffen. Kurzum: Um dem seit 1966 Gültigkeit beanspruchenden Modell reale Erfolgsaussichten einzuräumen, bedurfte es zentralistisch ausgerichteter Steuerungsinstanzen des Staatsapparates. Das schloss auch

und gerade die sukzessive Stärkung von Armee und Polizei ein, die letztlich darüber zu wachen hatten, dass die nunmehr richtungsweisenden Entwicklungsleitlinien auch praktisch und möglichst stromlinienförmig umgesetzt wurden.

### **Zentralisierung und Konzentration der Staatsmacht**

In diesem Sinne stärkte die Administration die Rolle des Militärs, weitete die Befugnisse der Polizei aus und schuf ihnen unterstellte zentrale Wirtschaftsplanungsbehörden, die zuvörderst mit an amerikanischen Eliteuniversitäten geschulten Finanz- und Wirtschaftsexperten bestückt wurden. Der Vorteil, diese kosmopolitisch orientierten, sich als dynamische Technokraten begreifende Elite an die Exekutive zu binden, bestand darin, dass sie sich selbst als überparteilich und „unpolitisch“ begriff. Sie verfügte über keine eigene Massenbasis und hegte keine eigenen politischen Ambitionen, ja wertete ganz im Sinne ihrer akademischen Leitbilder aus den amerikanischen und europäischen politik- und wirtschaftswissenschaftlichen Fakultäten (partei)politische Aktivitäten als „unnützen Ballast“, als „Politikasterei“.

Der Regierung konnte an einer solchen Unterstützung nur gelegen sein. Gerade im Frühstadium der exportorientierten Entwicklungsstrategie war die Expertise dieser „neuen“ Elite nicht nur gefragt; die in den Anrainerstaaten verfolgten Modelle schienen ihr recht zu geben und der theoretischen Begründung gegen mögliche Einwände den Glanz des Erfolgs zu verleihen.

Schließlich füllte diese Entwicklungsstrategie ein ideologisches Vakuum aus, das angesichts ernüchternder Alltagserfahrungen und wachsender Schwierigkeiten in zahlreichen unabhängig gewordenen Ländern entstanden war. Schlagworte wie *Nationalismus*, *Eigenständigkeit* und *Unabhängigkeit*, *Blockfreiheit* etc. mussten, um längerfristig Gültigkeit beanspruchen zu können, mit Inhalt gefüllt werden. Und eine Wirtschaftspolitik, die allen alles versprach, wachstumsorientierte Entwicklung als erstrebenswertes Ziel an sich propagierte, übernahm eine nicht zu unterschätzende ideologische Funktion. Kein Wunder, dass der – seinerzeit keinerlei negative Konnotationen transportierende – Begriff *developmentalism* mehr als nur das weite Feld wirtschaftlicher Erneuerungen abdeckte, sondern als „*Entwicklung-ismus*“ Faszination ausstrahlte.

Mit tatkräftiger US-amerikanischer Hilfe wurde in den 1960er-Jahren das aus Vietnam zurückbeordnete *Civic Action-Kontingent (Philcag)* der philippinischen Armee mit dem Aufbau von 65 *Civic Action Centers* betraut. Es handelte sich dabei um vom Militär in den ländlichen Gebieten eingepflanzte, auf Bürgernähe bedachte zivile Projekte, die als Zuckerbrot-Variante im übergeordneten *Counterinsurgency* (Aufruhrbekämpfung)-Konzept

fungierten. Impfaktionen und kostenlose Nahrungsmittelausgaben wurden durchgeführt, um „Herzen und Hirne der Bevölkerung“ vorrangig dort zu gewinnen, wo das aus erdrückenden Feudalverhältnissen gespeiste bäuerliche Protestpotenzial periodisch für „Unruhen“ sorgte. Vor allem in Zentralluzon, der traditionellen Reiskammer des Landes und Hochburg machtvoller Bauernrevolten, waren nicht weniger als 20 ländliche Gesundheitsteams und 22 Baubataillone der Armee unter den Argusaugen von US-Spezialeinheiten (*Green Berets*) im Einsatz.

Allein im Rahmen des am 30. August 1951 geschlossenen *amerikanisch-philippinischen Sicherheits- und Beistandspakts* waren eine diesbezüglich eng koordinierte Planung und Durchführung militärischer Aktionen vereinbart worden. Auf amerikanischer Seite zeichnete dafür die in der US-Botschaft in Manila domizilierte *Vereinte US-Militärberatungsgruppe* beziehungsweise *Vereinte US-Militärbeistandsgruppe (JUSMAG)* verantwortlich. Bekannt wurde diese Gruppe durch die Zerschlagung der vormals antijapanischen und später linken Guerillaformation *Hukbalahap* (kurz: Huk) Mitte der 1950er-Jahre, als hochrangige US-Offiziere (wie der CIA-Verbindungsmann Oberst Edward G. Lansdale) die Planspiele für militärische Operationen entwarfen, denen die vom damaligen Verteidigungsminister und späteren Präsidenten Ramon Magsaysay (1953-57) befehligten philippinischen Streitkräfte (AFP) das Rückgrat einzogen.

### **Konterrevolutionäre Gegenseitigkeit - drastisch aufgestockte Militäretats**

Diese Erfahrungen wurden in Vietnam „durchgespielt“, wie denn auch die dort vorgenommenen „Verfeinerungen“ neuerlich auf dem Archipel zur Anwendung gelangten. In diesem Sinne lieferten die Philippinen und Südvietnam ein Lehrstück gegenseitiger Konterrevolution. Jahrelang befassten sich amerikanische Sozialwissenschaftler und Militärstrategen intensiv mit dem Problem, wie die „Huk-Erfahrungen“ für Südvietnam und umgekehrt die dort gesammelten „Vietcong-Erfahrungen“ für die Philippinen der 1970er-Jahre optimal - d.h. im Sinne amerikanischer Außen- bzw. Sicherheitspolitik - umgesetzt werden konnten.

Bereits 1969 hatte das *US-Senatskomitee für Auswärtige Angelegenheiten* unter Vorsitz von Senator Stuart Symington einen Ausschuss zur Untersuchung amerikanischer Sicherheitsabkommen und Verpflichtung in Übersee gebildet. Der so entstandene *Symington Report* enthielt u.a. bemerkenswerte Passagen über die Verhältnisse in den Philippinen. Zitiert wurden darin Auszüge des Roces Committee des philippinischen Abgeordnetenhauses, wonach JUSMAG-Chef General George Pickett Order gegeben hatte, „die AFP unter die Befehlshoheit der JUSMAG zu stellen, dabei die Tatsache übersehend, dass die AFP nicht Teil der amerikanischen Armee sind“. „Mit anderen Worten“, so

resümierte Senator Symington, „wir zahlen der philippinischen Regierung Gelder, um uns vor dem philippinischen Volk zu schützen, das die Amerikaner nicht mag.“

1947 hatten die philippinischen Militärausgaben knapp 80 Millionen Peso betragen – nach damaligem Umrechnungskurs 40 Millionen US-Dollar. 1952 machten sie 142 Millionen aus und kletterten im Jahre 1959, nachdem der Huk erklärtermaßen das Rückgrat gebrochen worden war, auf annähernd 192 Millionen Peso. Im ersten Haushaltsjahr der Marcos-Administration (1966/67) erreichten die Militärausgaben bereits beachtliche 366 Millionen Peso und schossen im Haushaltsjahr 1969/70 auf 670 Millionen.

Besuchs- und Ausbildungsprogramme für philippinische Offiziere an renommierten US-Militärakademien wie *West Point* und *Fort Bragg* wurden arrangiert. Um das Zusammenspiel der Teilstreitkräfte untereinander effizienter zu gestalten, wurden die AFP mit modernem Kommunikations- und nachrichtendienstlichem Gerät ausgestattet. Gleichzeitig bemühte sich die Marcos-Regierung, den ausgeprägten regionalistischen Unterschieden einen Riegel vorzuschieben, indem die Kommandohöhen mit Offizieren aus verschiedenen Landesteilen besetzt und somit eine delikate Balance hergestellt wurde, die sich später zur Herrschaftssicherung als vorteilhaft erweisen sollte.

Durch all diese Schritte wurde nicht nur eines der entscheidendsten Instrumente des Staatsapparates gestrafft. Die praktischen Erfahrungen im Rahmen der Civic-Action-Programme sowie die durch systematische Trainingskurse vermittelten Managementmethoden und Führungseigenschaften auch und gerade im Bereich infrastruktureller Projektbetreuung qualifizierten das Militär für die Wahrnehmung erweiterter staatstragender Funktionen, die sich für zentralistische wirtschaftspolitische Richtlinien instrumentalisieren ließen. Flankiert wurden diese neu erworbenen Qualifikationen durch militärische Einsätze gegen Bauern, Arbeiter und Studenten in Stadt und Land, deren Unmut sich häufig in Widerstands- und Protestaktionen Bahn gebrochen hatte.

Gleichermaßen gestärkt wurden die Polizeieinheiten. 1966 wurde zwischen Malacañang und der US-Botschaft in Manila ein Programm erarbeitet, wonach die polizeilichen Ausbildungsfunktionen von der *Amerikanischen Internationalen Entwicklungsbehörde (USAID)* wahrzunehmen waren. Unter der Kategorie „technische Hilfe“ finanzierte die USAID beispielsweise das *Büro für Öffentliche Sicherheit (OPS)*, welches maßgeblich an der „Umgestaltung, Finanzierung und Ausbildung des philippinischen Polizeiapparates in den Philippinen wie in den USA (...) beteiligt war“. Im Dezember 1966 wurde Frank E. Walton, gerade aus Südvietnam zurückgekehrt, USAID/OPS-Teamleiter. In Saigon (heute Ho-Chi-Minh-Stadt) hatte Walton für den Aufbau und die Reorganisierung der südvietnamesischen

Polizeikräfte verantwortlich gezeichnet – eines umfassenden CIA-Plans, die politische Infrastruktur der *NLF (Nationalen Befreiungsfront)* aufzulösen. Ihm zur Seite standen Personen mit ähnlichen Erfahrungen aus Brasilien und Äthiopien. Hinzu kamen philippinische Geheimdienstoffiziere, welche die CIA während der Huk-Bekämpfung trainiert hatte und die zwischenzeitlich selbst Experten auf dem Gebiet der Gegenspionage in und um Saigon geworden waren.

Der im Februar 1967 von der Walton-Gruppe fertiggestellte Bericht führte zur Einbindung des AID/OPS-Programms in dasjenige von *CORDS (Civil Operations and Rural Development Support)*, dessen philippinische Variante personell mit „alten Hasen“ aus Südvietnam bestückt wurde. Mit Thomas Rose und Richard Kriegel traten Männer an dessen Spitze, die zuvor Chef der AID-Administration in Saigon beziehungsweise *CORDS*-Berater in der Provinz Bin Dinh gewesen waren. Dort waren sie eingebettet in „Befriedungs“-programme wie *Operation Phoenix*, das seinerseits „selektiven Gegenterror“ (CT) beinhaltete, um gezielt *NLF*-Kader „auszumerzen“ – eine letztlich fehlgeschlagene Strategie, weil sie sich nach Ansicht kritischer Insider als „*too little, too late*“ erwies und die Masse der ländlichen südvietnamesischen Bevölkerung nie zu erreichen vermochte.

Außerdem war seit Ende der 1960er- / Anfang der 1970er-Jahre mit dem Aufbau eines integrierten städtischen „Aufruhrbekämpfung“-Instruments begonnen worden, das schließlich im Großraum Manila als *Hauptstadt-Kommando (Metropolitan Command, Metrocom)* konkrete Gestalt annahm. Bis zu Beginn der 1970er-Jahre sind ferner auf amerikanische Initiative neun regionale Polizeiausbildungsakademien errichtet und acht städtische Polizeihauptquartiere, mit technischen Hilfen und kompletten Trainingsprogrammen versehen, geschaffen worden. Bis zum Sommer 1971 waren auf diese Weise 10.540 Polizisten, 60 Techniker und knapp 1.900 Radiofachleute ausgebildet worden.

### **Unterstützung seitens des Big Business**

Für die Durchsetzbarkeit der exportorientierten Entwicklungsstrategie war die Unterstützung bedeutsamer Teile der Geschäftswelt vonnöten. Der traditionelle Exportsektor, jene Unternehmen, die von der Nationalisierung bestimmter Geschäftszweige auf Kosten der Chinesen (z.B. Handel) profitierten, sowie die mit ausländischem Kapital liierten Firmen versprachen sich von der neuen Politik eine institutionell abgesicherte Wahrung ihrer Interessen. Teile der nationalen Bourgeoisie bezogen eine abwartende Position, während andere, der sich nationalistisch gebenden Regierungspropaganda Glauben schenkend, ins Marcos-Lager überschwenkten, vor allem dessen rasche „Schlichtung“ von Arbeitskonflikten schätzten. Politisch drückten diese Entwicklungen eine schleichende Entfremdung von den bestehenden Parteien aus, gegen die der Vorwurf

adressiert war, eine engstirnige Politik zu betreiben, sich in endlosen Querelen aufzureiben und einzig persönliche Domänen abzustecken. Demgegenüber galten die mit Marcos verbundenen Technokraten als *No-nonsense*-Beamte, als kompetent und parteipolitisch nicht ambitioniert. Sie fanden in Marcos und dieser in ihnen die kongeniale Entsprechung.

Gleichzeitig entstanden mehrere Management- und Verwaltungsfachschulen - so das *College of Business Administration*, das *College of Public Administration* an der University of the Philippines und das *Asian Institute of Management*. Die Lehrpläne hatten US-amerikanische Professoren entworfen und wurden zum Teil von ihnen selbst abgewickelt. Hatten diese Einrichtungen die für die Durchsetzung der neuen Politik erforderlichen Fachkräfte auszubilden, so leitete die Regierung Ende der 1960er-Jahre einen darüber hinausgehenden Schritt ein. Der vom Präsidenten eingesetzten *Kommission zur Untersuchung des Ausbildungswesens* oblag die „umfassende Bestandsaufnahme des (...) Erziehungssystems, um festzustellen, ob und inwieweit es im Sinne der nationalen Entwicklungsziele relevant war“.

Es ging darum, eine Umorientierung im Ausbildungssektor mit Blick auf die avisierten infrastrukturellen Großprojekte (z.B. Auf- und Ausbau von Straßen, Brücken, Häfen und Kommunikationssystemen) vorzubereiten. Dies musste Papier bleiben, solange nicht ein zur Umsetzung dieser Projekte herangebildeter Kader bereitstand. Die o.g. Untersuchungskommission folgte einem ökonomischen wie politisch-ideologischen Kalkül. Geänderte Curriculum-Pläne ebneten einer Umorientierung der Intelligenz den Weg, was seinerzeit hitzige Campus-Debatten entfachte, in denen das Gros der Studenten aus seinen antiimperialistischen Sentiments keinen Hehl machte. In ihren Augen bestand zwischen der ideologischen Manipulation und des auf den Schlachtfeldern Indochinas verübten Genozids ein struktureller Zusammenhang. Neben den Bauern und städtischen (Transport)Arbeitern bildeten gerade Studenten die schärfsten Gegner und Kritiker der Marcos-Regierung.

Um den neuen Kurs und die sie begleitende Ideologie wirksam in Schlüsselpositionen staatlicher Macht zu verankern, erhielten die Technokraten Zug um Zug erweiterte Kompetenzen, die vormals von Politikern wahrgenommen wurden. Marcos' Wirtschaftscredo - verstärkte Abhängigkeit von Auslandsinvestitionen; Ermunterung des Freihandels; Beseitigung von Restriktionen für die internationale Geschäftswelt; Aufnahme umfangreicher Auslandsdarlehen; ungehinderte Profittransfers; Reallohnsenkungen etc. - wurde sukzessive umgesetzt und durch die einflussreichsten Unternehmensvereinigungen gutgeheißen.

Sämtliche militärischen, wirtschaftlichen, politischen, administrativen und ideologischen Faktoren zusammengenommen markierten eine Rationalisierung und Zentralisierung

staatlicher Herrschaft, die für die Rahmenbedingungen der neuen Politik wie für die Sicherung der materiellen Basis der herrschenden Klassen konstitutiv waren.

Natürlich geschah dies nicht über Nacht. Ihr Aufbau vollzog sich schrittweise und systematisch und verlieh der Regierung Glaubwürdigkeit und Anziehungskraft. Wie keinem Präsidenten vor ihm glückte Marcos immerhin im Jahre 1969 die Wiederwahl. In Verbindung mit der von Washington aufgrund der Indochina-Ereignisse avisierten militärstrategischen Kräfteumgruppierung in der Region begründeten die oben genannten Faktoren jene „eisernen“ Voraussetzungen für ein Entwicklungsmodell, das sich schließlich 1972 relativ reibungslos des Kriegsrechts zur „prophylaktischen Immunisierung“ von Protest und Widerstand bedienen konnte.

### **Sozialökonomische Implikationen**

Hatten Marcos' Vorgänger die vormals bestandenenen Devisen- und Importbeschränkungen gelockert, so ging seine Regierung einen Schritt weiter. 1967 wurde im Kongress das *Investitionsförderungsgesetz* verabschiedet, nach dem der Anteil ausländischen Kapitals an lokalen Unternehmen 40 Prozent nicht überschreiten sollte. Unklar blieb, wie dies bei den vornehmlich US-beherrschten Erdölraffinerien, Bergwerksgesellschaften, Außenhandelsfirmen etc. zu realisieren war. Mittels geschickter nationalistischer Rhetorik vermochten Marcos und seine Technokraten die Aufnahme einer Sonderklausel in dieses Gesetz einzufügen, wonach ausländische Investoren auch dann noch 100-prozentige Kapitaleigner sein konnten, wenn sie bekundeten, innerhalb eines Jahrzehnts nach Registrierung der betreffenden Firmen Aktien an Filipinos zu veräußern.

Das kurz darauf ratifizierte *Exportförderungsgesetz* befürwortete gar einen 55-prozentigen Kapitalanteil ausländischer Firmen in der Export- und einen 100-prozentigen Anteil in sogenannten Pionierindustrien. Auf der Halbinsel Bataan (unweit von Manila gelegen) entstand die landesweit erste Freihandels- und Exportproduktionszone Mariveles, in der philippinische Steuergesetze nur bedingt griffen. Ihr folgten bald ähnliche Zonen in Baguio City, auf Mactan sowie in Davao City.

Vormals für den Inlandbedarf produzierte Verbrauchsgüter verknappten sich und mussten - abwertungsbedingt - durch verteuerte Importe ausgeglichen werden. Eine expansive Geldpolitik der Zentralbank und die Überbetonung infrastruktureller Großprojekte taten ein Übriges, um über die Inflation die Kosten der Exportorientierung auch auf philippinische Klein- und Mittelbetriebe abzuwälzen. Um aber die auf Export abgestellte Wirtschaft wettbewerbsfähig zu halten, war Manila darauf angewiesen, den Außenhandelswert des Pesos zur Ankurbelung des Handels niedrig zu halten.

Gegenüber 1961-65 erhöhte sich das Haushaltsdefizit in den folgenden fünf Jahren um 72 Prozent. Dies war wesentlich Ausdruck ehrgeiziger Infrastrukturprogramme, für die in der zweiten Hälfte der 1960er-Jahre im Vergleich zur ersten um 92 Prozent gestiegene Finanzmittel alloziert wurden. Geöffnet hatte sich auch die Schere zwischen Investitionen und Spareinlagen: Nach einem jährlichen Überschuss bei Spareinlagen (1961-65) stellte sich ein Investitionsüberhang von durchschnittlich 294,2 Millionen Peso (1966-70) ein. Diese Veränderungen spiegelten sich in jährlich drastisch gestiegenen Haushaltsdefiziten wider - von 22 Millionen (1961-65) auf 213,6 Millionen US-Dollar (1966-70). Das führte innerhalb der letztgenannten Zeitspanne zu einer kurzfristigen öffentlichen Verschuldung um 100 Prozent und einer 84-prozentigen Zunahme der Auslandsverschuldung von 447 Millionen auf 822 Millionen US-Dollar.

Dieses Muster blieb in der Folgezeit bestimmend: Die „öffentliche Hand“ trieb die kurzfristigen Schulden zwischen 1966-70 und 1971-75 nochmalig um das Doppelte in die Höhe, während die Auslandsschuldenlast im Vergleichszeitraum gar von 822 Millionen auf 2,586 Milliarden US-Dollar wuchs. Finanzlöcher wurden zunehmend durch Auslandskredite gestopft. Diese Darlehen wurden den politisch aufs engste mit der Regierung verflochtenen privaten Geschäftsleuten überantwortet (*cronyism*), die damit sowohl eigene, vornehmlich im Exportbereich angesiedelte Firmen aufbauten oder sich, was weitaus häufiger geschah, mit dem Auslandskapital liierten. Die Unterscheidungslinien zwischen Staat, Regierung, bestimmten lokalen (d.h. Marcos politisch nahestehenden) Großgrundbesitzern wie Geschäftsleuten und ausländischem Kapital wurden zunehmend verwischt.

1970 veröffentlichte die *Wirtschaftsplanungsbehörde des Kongresses (CEPO)* Daten, welche die Einkommensverteilung im Lande als extrem unausgeglichen auswiesen. Danach bezogen 1948 zehn Prozent der Familien 30 Prozent, 1961 aber schon 46 Prozent des Nationaleinkommens. 1965 besaßen fünf Prozent der Spitzenverdiener so viel wie die am untersten Ende der Skala angesiedelten 60 Prozent. Im Jahre 1956 hatte das untere Fünftel der Familien 4,5 Prozent der Einkommen auf sich vereinigt, während ihr Anteil 1965 auf 3,5 Prozent schrumpfte.

Der Anteil von Landbesitz unter Pacht, der vor 1946 35 Prozent und 1948 37 Prozent betragen hatte, war im Jahre 1970 auf 52 Prozent hochgeschneit - trotz Verabschiedung erlassener Landreformgesetze. Nach den im Jahre 1960 erhobenen Landwirtschaftsstatistiken waren 63 Prozent der Reispflanzer Kleinpächter, welche im Durchschnitt 2,6 Hektar Land bestellten. 1963 gab es unter der damals 27 Millionen Einwohner zählenden Bevölkerung acht Millionen Kleinpächter. Mitunter mussten sie dem Grundbesitzer bis zu 75 Prozent der Ernteerträge abführen.

Das 1963 verabschiedete *Landreformgesetz (ALRC)* unter Diosdado Macapagal, Marcos' Amtsvorgänger, sollte das Los der Bauern durch eine Reduzierung der Landpacht auf 25 Prozent verbessern. Die *Landbehörde* gelangte jedoch später zu der Feststellung, dass bis 1969 lediglich 13.377 Pächter aus dem Millionenheer tatsächlich eine nur 25-prozentige Landpacht entrichteten. Das Landreformgesetz hatte sich aufgrund vielfältiger Machinationen der dominierenden Großgrundbesitzerklasse als Flop erwiesen. Die Landfrage blieb ein innenpolitisch pressierendes Thema, deren Lösung zum „Eckpfeiler“ der mit dem Kriegsrecht verkündeten „*Neuen Gesellschaft*“ erkoren wurde.

Hier geht es [zum 2. Teil](#).

Titelbild: Mirt Alexander/shutterstock.com